

Aus dem Grossen Rat

Baugesetz kommt vors Volk

Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon

Wer die Grossratswahlen am vergangenen Wochenende verfolgt hat, dem ist eines definitiv klar geworden: Das neue Wahlverfahren hat alte Ungerechtigkeiten beseitigt und dafür neue, nicht minder gravierende geschaffen. Die SVP hatte anlässlich der seinerzeitigen parlamentarischen Beratungen vergeblich gewarnt. Das Wahldesaster hat nun die Allianz der Befürworter in aller Härte getroffen. Gleichwohl geisselte die SVP zu Beginn der letzten Grossratssitzung in einer Fraktionserklärung das neue Wahlverfahren „Doppelter Pukelsheim“ und kündigte einen Vorstoss für ein neues, faires Wahlsystem an.

Mit 95 zu 4 Stimmen erklärte der Grosse Rat eine Standesinitiative für erheblich, welche mittels Änderung des Strassenverkehrsgesetzes den zwingenden Besuch von Lernprogrammen während Warnungs- und Sicherungszügen des Führerausweises verlangt. Eine Standesinitiative, die nach tödlichen Verkehrsunfällen bei grober Verletzung der Verkehrsregeln den vorsorglichen Ausweiszug verlangt, wurde mit 96 zu 1 Stimme für erheblich erklärt.

Obwohl eigentlich der Bund in diesem Bereich zuständig ist, überwies der Grosse Rat mit 57:54 Stimmen überraschend ein Postulat aus SVP-Kreisen, das den sofortigen Sechsspurausbau der A1 Härkingen-Wiggertal fordert. Im weiteren lehnte der Grosse Rat zwei Postulate zur Fluglärmproblematik ab.

Mit dem Energie-Leitbild hat sich der Grosse Rat unlängst zur Nutzung aller Energieträger, einschliesslich der Kernenergie, bekannt. Gleichwohl kam es einmal mehr zu einem energiepolitischen Schlagabtausch. Die SP forderte in einem Postulat, die Regierung müsse sich für die Ablehnung des Rahmenbewilligungsgesuchs der Axpo für ein neues Kernkraftwerk als Ersatz für Beznau I und II einsetzen. Baudirektor Beyeler bat das Parlament, die Kernenergie nicht im Sinne eines Entweder-oder gegen erneuerbare Energien auszuspielen. Das Postulat wurde schliesslich mit 74 zu 28 Stimmen deutlich abgelehnt.

Obwohl Regierungsrat und zuständige Kommission nach der 1. Lesung einige Retuschen angebracht hatten, gab die 2. Lesung des teilrevidierten Baugesetzes doch noch einiges zu reden. Pièce de résistance war die umstrittene Mehrwertabgabe von 20 Prozent auf Grundstücken, die neu von der Landwirtschafts- in die Bauzone umgezont werden. Während am Vormittag SP, Grüne, EVP und eine Mehrheit von FDP und CVP der Mehrwertabgabe noch zugestimmt hatten, kam es am Nachmittag zu einer unerwarteten Wende. FDP-Fraktionschef Heller stellte einen Rückkommensantrag, wonach die Mehrwertabgabe zu streichen sei, um nicht ein Behördenreferendum der SVP und ein allfälliges Durchfallen des Gesetzes vor dem Volk zu riskieren. Es folgte ein ideologisch geprägter Schlagabtausch, bei dem die Sorge vor einem politischen Scherbenhaufen deutlich mitschwang. Der Grosse Rat strich in der Folge mit einer deutlichen Mehrheit von 80 zu 50 Stimmen den umstrittenen Paragraphen aus dem Baugesetz. Das Baugesetz selbst wurde schliesslich mit 92 zu 39 Stimmen verabschiedet. Vor diesem Hintergrund setzte eine rot-grüne Allianz mit 38 zu 91 Stimmen (nötig sind 35 Stimmen) das Behördenreferendum gegen das Baugesetz durch. Damit hat das Volk an der Urne das letzte Wort.